Kreisstadt Beeskow

Beschlussvorlage						(öffentlich	1		
Nr.:			BV/054/2025/I							
Bezeichnung des TOP:			Bauantragsverfahren Krügersdorfer Chaussee 9 - Erschließung							
Zuständiger Fachbereich:			Fachbereich 1							
Beratende Gremien					Abstimmungsergebnis					
Gremium		Sitzungsdatum				Ja	Nein	Ent	h. Befan.	
Stadtverordnetenversammlung		15	15.07.2025 Stadtver		ordnete					
				Sachkun	dige Bürger					
Beschlussorgan:	Stadtverordnetenversammlung				Abstimmung			StV	SB	
	Festge					elegte Stimmenzahl:				
Federführender Fachbereichsleiter/in:	Bartelt, Kerstin			Anwesende Stimmberechtigte:						
				Ja-Stimmen:						
Rürgermeister/					Nein-Stimmen:					

Enthaltungen:

Ausschluss wegen Befangenheit:

Beschlussvorschlag:

Bürgermeister/ Vorsitzender HFA:

Datum:

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Beeskow stimmt dem Bauantrag zur Sanierung, Modernisierung, Aufstockung und Nutzungsänderung zweier bestehender Hallen und eines Berufsschulgebäudes in insgesamt 20 Wohneinheiten auf dem Grundstück Krügersdorfer Chaussee 9 zu. Die Erschließung des Vorhabens soll über den Schneeberger Weg über das Flurstück 281, Flur 14 der Gemarkung Beeskow erfolgen.

03.07.2025

Begründung:

Im ursprünglichen Antrag war die Erschließung über die vorhandene Zuwegung von der Krügersdorfer Chaussee geplant. Dieser Weg verläuft jedoch über ein fremdes Grundstück, dessen rechtliche Sicherung zunächst hätte geklärt werden müssen.

Inzwischen liegt der Verwaltung ein geänderter Bauantrag vor, der eine Erschließung über den Schneeberger Weg vorsieht. Die geplante Anbindung im Kurvenbereich des Schneeberger Weges könnte jedoch zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen. Bereits aktuell gibt es wiederholt Beschwerden von Anwohnerinnen und Anwohnern dieses Bereichs, da insbesondere im Umfeld der Seniorenresidenz "Barbara-Park" und der Kreisverwaltung vermehrt Fahrzeuge entlang des Straßenabschnitts abgestellt werden. Die Einrichtung einer zusätzlichen Zufahrt könnte die angespannte Parksituation weiter verschärfen.

BV/054/2025/I Seite 1 von 2

Da die gemeindliche Stellungnahme innerhalb eines Monats abzugeben ist, ist eine Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung erforderlich, ohne dass zuvor eine Befassung in den Fachausschüssen erfolgen kann.

weitere Informationen zum Sachverhalt:

Bezug zu konkreten Sachverhalten in der Stadt:

Personelle und finanzielle Ausstattung:

Zeitplan/Laufzeit:

Finanzielle Auswirkungen auf die Kommune insgesamt (Produkt/Konto):

Jährliche (Folge-) Kosten/-lasten:

Ggf. weitere im Vorfeld erforderliche Prüfungen/Stellungnahmen:

Anlagenverzeichnis:

Amtlicher_Lageplan_mit_ Feuerwehrzufahrt Barbarapark Antwort_Bartelt_Starße_FAA_030725

BV/054/2025/I Seite 2 von 2